

Ablösung durch Tatkraft!

Die Entscheidung in dem monatelangen Ringen um die Finanzen ist nunmehr gefallen. Sie ist nicht so ausgefallen, wie es wünschenswert gewesen wäre. Denn das war ohne Frage die Verständigung der Regierungsparteien. Aber da man über gewisse Gegenstände und Verhandlungsgegenstände hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung nicht hinwegkommen, fiel die Entscheidung so, daß der Rücktritt des Kabinetts unvermeidlich wurde. Und dieser Rücktritt erscheint uns als das einzig Logische in dem parlamentarischen Wirrwarr dieser Wochen und Tage. Denn auf das völlige Fehlen einer Führung durch die Regierung und insbesondere durch den Reichstanzler, auf den lähmenden Verzicht auf Autorität, auf die Angst vor energischem Handeln und vor zwingendem Druck auf die Verantwortlichen, auf die energierende Schlappeheit des guten Hermann Müller ist es doch in erster Linie zurückzuführen, daß die Große Koalition alle Gräße verlor und ihr Scheitern als Trauerspiel endete.

Man vermutete bei dem gewiß gutwilligen Moldehauer, zuweilen ein tatkräftiges Hervortreten, aber es blieb bei der Drogensitzung eines commis voyageur, eines Vermittlers, eines Händlers. Zur Führung, zum Mitreden, langte es bei ihm auch nicht. Der sonst so energiegelbte Severing blieb gleichfalls im Hintergrund. Die Politik haben ja auch nicht die Minister, sondern der Reichstanzler zu bestimmen. Und der hatte sich ganz auf das famose Regierungsrezept des Reichstanzlers Joseph eingeleitet, der in den vielen kniffligen Situationen seiner langen Regierungszeit sich immer zunächst damit half, daß er erklärte: „Da muß man halt schon, was sich machen läßt“, und dann, wenn er sah, daß er damit nicht zu Rande kam, wenn er keinen Ausweg zu finden vermochte, der eine ungünstige Wendung hätte verhindern können, ergeben und gelassen hinzugesagt: „Da läßt sich halt nichts machen.“ Und jetzt so hat es Hermann Müller gehalten. Er hat einunddreißig Jahre gehalten, was sich machen ließ, bis dieses Rezept dazu führte, daß nichts mehr zu machen war. Und so geht dieses Kabinett der Großen Koalition langsam und langsam, von niemandem betrauert, über den Haufen. Einer jedoch steht da, der ihm nicht angehört, aber es durch seine von außen angelegte Enghiege wiederholt vergeblich auf freien Weg zu bringen bemüht war. Das ist Dr. Brüning, der Zentrumsführer, der einzige von den Führern der verstorbenen Koalition, der die Tatkraft hatte, immer wieder in die Speichen des im Sumpf der Parteien nicht weiterkommenen Regierungswagens zu fassen. Sein letztes, natürlich von seiner Fraktion unterstütztes Ultimatum, das sich folgerichtig aus seinem früheren Vorgehen in der Frage des Zinsstimmens zwischen Young-Verträgen und Finanzreform ergab, hat dann endlich dem Trauerspiel ein Ende bereitet. Reichstanzler Hermann Müller aber, dem gerne nachgegeben sei, daß er lange gesundheitslich in schlechten Dingen war und auch wohl jetzt noch kein Mann mit strengen Kräften wieder ist, vollbrachte gestern Abend die erste energische Tat in seiner Kanzlerzeit: Er führte den Rücktrittsbefehl des Kabinetts herbei.

Im Hinblick auf das verantwortungsbewusste Hervortreten Dr. Brünings ist es kein Wunder, daß man allgemein in ihm den kommenden Mann sieht. Wir wissen wohl, daß man im Zentrum nicht allgemein damit einverstanden sein wird, wenn einer aus seinen Reihen jetzt wieder die Führung übernimmt, aber wir meinen doch, diese Entscheidung sollte man ruhig Dr. Brüning selber überlassen. Es tut dem Reiche bitter not, daß einer kommt, der entschlossen ist, die Ägeln in die Hand zu nehmen. Und wenn Brüning sich entschließen sollte, dem Rufe des Reichspräsidenten Folge zu leisten, so soll man ihm nicht leichten der Fraktion oder der Partei hineinreden. Das Hineinreden der Fraktionen, ganz allgemein gesprochen, haben wir unter Hermann Müller seit langem kennen gelernt, und wir können Persönlichkeiten, die selbst wissen, was sie tun sollen, sehr gut gebrauchen.

An eine Erneuerung der Großen Koalition ist natürlich jetzt nicht zu denken, vielmehr wird man ein Kabinett aus Männern der Parteien der Mitte erwarten dürfen. Ob es eine Mehrheit des Reichstags hinter sich bringen wird, um die Finanzen auf parlamentarischem Wege in Ordnung zu bringen, das läßt sich schwer sagen. Aber immerhin der Reichstagspräsident hat, daß dieser von allen seinen verfassungsmäßigen Befugnissen Gebrauch machen wird, wenn das Parlament verfallt. Dadurch nachfolgende Möglichkeiten sind also: Anwendung des Artikels 48, Reichstagsauflösung und Neuwahlen.

Eine brasilianische Ortschaft vom Sturm zerstört.

Zehn Tote.

+ Sao Paulo, 27. März. Die Ortschaft Bom Jardim in der Nähe von Pernambuco ist durch einen Tornadosturm völlig zerstört worden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind dabei zehn Personen getötet und nahezu 100 verletzt worden. 250 Häuser wurden vom Sturm einfach fortgeweht. Die Bewohner haben Zuflucht in den Bergen gesucht.

Rücktritt des Kabinetts Müller.

Der Zentrumsführer Dr. Brüning zum Reichspräsidenten gebeten.

Die entscheidende Kabinettsitzung.

in Berlin, 27. März.

Nachdem sich als Folge der heutigen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Führern und Finanzfachverständigen der Regierungsparteien ergeben hatte, daß die Sozialdemokraten und die Bayerische Volkspartei den Vermittlungsweg des Zentrums zur Arbeitslosenversicherung ablehnten, hat das Reichskabinett heute Abend um 7,15 Uhr seinen Rücktritt beschlossen.

In der Sitzung des Kabinetts war Reichstanzler Müller die Frage auf, ob nach der ablehnenden Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu dem Kompromißvorschlag die Regierung nunmehr die Arbeitslosenversicherung allein durchführen wolle. Reichstanzler Müller erklärte, daß die deutsche Volkspartei seine Zustimmung zu den Steuererhöhungen nur geben, wenn das Gesamtprogramm einschließlich der Arbeitslosenversicherung angenommen werde. Auf eine weitere Frage des Reichstanzlers erklärte der Reichsfinanzminister, daß er zurücktreten würde, wenn das Kabinett im Gegensatz zu dieser Stellungnahme der Volkspartei eine Teillösung versuche. Daraufhin erklärte Reichstanzler Müller, daß demnach eine Durchführung der Deckungsvorlagen durch das jetzige Kabinett unmöglich sei und die Gesamtbilanz unermesslich sei. Der Reichstanzler verabschiedete sich mit Dankesworten von

den Kabinettsmitgliedern und begab sich zum Reichspräsidenten, um ihm den Rücktritt des gesamten Kabinetts mitzuteilen.

Die letzten Verhandlungen.

Von unserer Berliner Redaktion.

(Berlin, 27. März (Draht).)

Der Rücktritt des Reichskabinetts war am Donnerstag Abend die einzige Möglichkeit, um den ungläubigen parlamentarischen Zustand der letzten Tage zu beenden. Was sich seit mehreren Wochen im Reichstag abspielte, bedeutet für den Parlamentarismus keinen Ruhmestitel. Am Donnerstag vormittag sah es noch anders aus, als es heute ist. Der Tag ließ sich beinahe wider alles Erwarten recht gut an. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Parteiführern brachten eine Einigung über das Finanzprogramm. In nahezu dreistündigen Bemühungen war es gelungen, sowohl für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung als auch für die Steuererhöhungen und Steuerentlastungen unter Zugrundelegung eines Zentrumsvorschlages eine gemeinsame Formulierung zu finden. Der Vermittlungsvorschlag ging dahin, daß die Regierung für den Fall, daß bei der Arbeitslosenversicherung die Darlehenspflicht des Reiches wirksam werde, nicht nur zur Deckung der Beträge eine Beitragserhöhung vorschlagen oder neue Einnahmequellen erschließen solle, sondern auch drittens den Weg der Reformmaßnahmen gehen könne. Die Vertreter der Parteien nahmen diese Formulierung unter dem Vorbehalt der Zustimmung ihrer Fraktionen an.

Nach der Parteiführerbefragung fand eine Kabinettsitzung statt. Auch in diesem Gremium bekannnte man sich, abgesehen vom Reichsarbeitsminister Willel, zu den getroffenen Vereinbarungen, jedoch auch nur unter dem Vorbehalt, daß die Fraktionen ihre Zustimmung geben.

Der Nachmittag galt den Fraktionsberatungen. Da für jede der bisher widerstrebenden Parteien durch die neue Formulierung ordentliche Brücken gebaut waren, so war ein weitgehender Optimismus nicht unangebracht. Die Zentrumsfraktion beschloß denn auch einstimmig, auf den Boden der Vorschläge zu treten und das Gesamtprogramm anzunehmen. Der zweite Teil dieses Beschlusses war deshalb erforderlich, weil in der Parteiführerkonferenz eine Vereinbarung darüber getroffen worden war, daß das neue Finanzprogramm von den Fraktionen nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden könne. Durch diese gegenseitige Abmachung wollte man neue Verhandlungen und weitere Komplikationen vermeiden. Aber gerade die Ausschaltung der Ausrottung von Einzelfragen veranlaßte die Fraktion der Bayerischen Volkspartei, wegen der Biersteuer das ganze Programm abzulehnen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dagegen stimmte den Abmachungen über die Arbeitslosenversicherung nicht zu und forderte die Wiedereinbringung des alten, im Reichstag bereits angenommenen Regierungsvorschlages. Dieser ermächtigt den Vorstand der Reichsanstalt, die Beiträge bis auf 4 Prozent zu erhöhen und der Reichsregierung Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung zu unterbreiten. Zu den Beschlüssen ist die Mehrheit der Stimmen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erforderlich. Kommt keine Einigung zustande, dann beschließt die Reichsregierung über die Beitragserhöhung. Eine Verringerung der Leistungen kann nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen.

Mit diesem Beschluß der Sozialdemokratie war die letzte Vermittlungsmöglichkeit des Zentrums gescheitert. In wohlverstandenen nationalen Interessen hat das Zentrum trotz schwerer Bedenken gegen die fortgesetzte Hinausschiebung der Entscheidung stets in vorbestimmter Linie mitgearbeitet. Die Bayerische Volkspartei und die Sozialdemokraten wurden durch parteipolitische Scheutruppen verhindert, das Ganze ins Auge zu fassen. Der Parteioptimismus feierte wieder einmal sehr zweifelhafte Triumphe.

Nachdem Reichstanzler Müller gegen 20 Uhr dem Reichspräsidenten den Rücktritt der Reichsregierung unterbreitet hatte, verlaute alsbald, daß dieser den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, den Abgeordneten Dr. Brüning, für Freitag 9 Uhr zu sich gebeten habe. Ohne den Entschlüssen des neuen Kanzlers irgendwie vorgreifen zu wollen, glauben wir der Erwartung Ausdruck geben zu dürfen, daß er bei der Bildung des neuen Kabinetts schnellstens handeln wird und sich nicht auf langes Gefasels mit den Fraktionen um diesen oder jenen Ministerposten einlassen wird. Die gesamte politische Situation macht ein schnelles Handeln zur Pflicht.

Das Rücktrittsgesuch angenommen.

in Berlin, 27. März.

Reichspräsident von Hindenburg hat das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Müller angenommen und den Reichstanzler Müller mit der Vertretung der Geschäfte bis zur Neubildung der Reichsregierung beauftragt. Er schloß daran warme Worte des Dankes für die pflichttreue und mühsame Arbeit des Reichstanzlers und der Reichsminister.

Es ist ein eigenartiger Zufall, daß der Rücktritt des Kabinetts Müller am 27. März 1930 erfolgt, nachdem am 27. März 1920 Hermann Müller nach dem Rapp-Bußch als Nachfolger Bauers erstmalig zum Reichstanzler ernannt worden war. Müller übte damals das dritte Reichskabinett nach der Revolution.

Der weitere Wechsel unter den Regierungspräsidenten.

in Breslau, 27. März. In der Leitung der Regierungspräsidenten Breslau und Vögnitz stehen personelle Veränderungen bevor. Der Regierungspräsident von Vögnitz Dr. Boesche, der der Demokratischen Partei nahesteht, dürfte seine Stelle mit dem Ertrittenen Regierungspräsidenten Jansen, und der Regierungspräsident von Breslau Jansen, der ein Sozialdemokrat ist, wird für den Posten eines Oberpräsidenten in Schneidemühl genannt. Diese Posten hat hier noch der Volksparteiler von Kilon inne, den man annehmend vorzeitig pensionisieren will. An die Stelle des Vögnitzer Regierungspräsidenten wird ein Sozialdemokrat treten, während die bisherige Stellung in Breslau durch einen Zentrumsmann besetzt werden soll. Man nennt hierfür den Zentrumsgesandten Landrat Dr. Pender aus Glog, der bereits vor zwei Jahren für diesen Posten ausgerufen war.

Für die durch den Tod des Landeshauptmanns Pionet freigewordene Stelle des Landeshauptmanns

Die Zahlungen an Thüringen bleiben gesperrt.

Die ablehnende thüringische Antwort.

in Weimar, 27. März. Die vom Minister Baum heute zu Beginn der Landtagsitzung verlesene Antwort des thüringischen Kabinetts auf das zweite Schreiben des Reichsinnenministers Severing hat folgenden Wortlaut:

Das thüringische Staatsministerium lehnt es ab, die unfruchtbare Erörterung über den bisherigen formellen Verlauf der Angelegenheit fortzusetzen, da es sonst genötigt wäre, an ihrem ersten Schreiben vom 17. Februar 1930, das den Antrag auf allem weiteren gab, die gleiche belehrende Kritik zu üben.

Wir bestreiten wiederholt dem Herrn Reichsinnenminister das Recht, aus dem gegebenen Anlaß Überweisungen aus irgendwelchen Fondsstellen einzustellen und zum Nachteil Thüringens anderweitig darüber zu verfügen. Zugleich bitten wir um Aufklärung, was Sie damit sagen wollen, daß die Überweisung von Mitteln des nächsten Etatsjahres von der weiteren politischen Entwicklung abhängt.

Zur Frage der Weitergewährung des Reichszuschusses für Polizeizwecke an das Land Thüringen bemerken wir: Dem Reich ist es zwar auf Grund der Ziffer 1/7 der mit den Ländern vereinbarten Grundzüge für die Gewährung eines Reichszuschusses für polizeiliche Zwecke das Recht zu, in besonderen Fällen, in denen außerordentliche Vorwürfe gegen die Schulpolizei eines Landes erhoben werden, Auskunft zu verlangen und nach vorheriger Zustimmung der Landeszentralbehörde einen Beauftragten abzuordnen, der den vom Lande angestellten Untersuchungen beisteht.

Wir können aber unter Verwahrung darüber nicht verhehlen, daß der Herr Reichsinnenminister überhaupt uns nicht die Tatsachen bekannt gemacht hat, über die er Auskunft verlangen zu können glaubt, sondern ohne Angabe von Gründen für die Unterlegung eines Beauftragten hierzu entscheiden will. Das ist ein Verfahren, das die „Grundzüge“ nicht vorsehen und das zweifellos nicht im Sinne der Vereinbarungen des Reiches mit den Ländern liegt. Gegen diese willkürliche und durch nichts begründete Verletzung der Vereinbarungen mit den Ländern legen wir förmlich Verwahrung ein. Glaubt der Herr Reichsinnenminister, außergewöhnliche Vorwürfe gegen die Schulpolizei eines Landes erheben zu können, so muß er diese Vorwürfe zunächst angeben und Auskunft verlangen.

Die thüringische staatliche Polizei hat nichts zu verbergen und eine Untersuchung nicht zu scheuen. Sie könnte ihr also mit Ruhe entgegenstellen. Aber unter den vorliegenden Umständen müssen wir in Rücksicht auf die Ehre und Würde des Landes unsere Zustimmung dazu versagen, bis der Herr Reichsinnenminister die Tatsache näher bezeichnet, die seiner Auffassung nach eine Untersuchung notwendig machen.

Keine Reichssekretive.

CNB Berlin, 27. März. Auf das heute hier eingetroffene Schreiben der thüringischen Regierung hat der Reichsinnenminister des Innern, wie wir von zuständigen Stellen hören, bereits eine Antwort erteilt. Er erklärt, daß er seinem früheren Schreiben nichts hinzuzufügen habe und von seiner darin geäußerten Ansicht nicht abgehe. Die Lage ist jetzt so, daß Ministerialdirektor Mengel, der die Unterlegung der thüringischen Polizeiverhältnisse vornehmen sollte, nicht weiter bemüht wird. Der Reichsinnenminister des Innern wird an die thüringische Staatsregierung keine Zahlungen mehr leisten. Weitere Maßnahmen sind nicht in Erwägung gezogen und nicht Gegenstand von Erörterungen gewesen. Es handelt sich nicht um eine Reichssekretive, sondern um die Sperrung des Fonds auf Grund nicht öffentlicher Abmachungen vom 1. April 1928, die von allen Ländern, also auch von Thüringen, anerkannt worden sind.

ringischen Polizeiverhältnisse vornehmen sollte, nicht weiter bemüht wird. Der Reichsinnenminister des Innern wird an die thüringische Staatsregierung keine Zahlungen mehr leisten. Weitere Maßnahmen sind nicht in Erwägung gezogen und nicht Gegenstand von Erörterungen gewesen. Es handelt sich nicht um eine Reichssekretive, sondern um die Sperrung des Fonds auf Grund nicht öffentlicher Abmachungen vom 1. April 1928, die von allen Ländern, also auch von Thüringen, anerkannt worden sind.

Hiernach liegen die Dinge zwischen dem Reich und Thüringen so: Der nationalsozialistische Minister Dr. Frick, der in öffentlicher Versammlung erklärte, der Reichsinnenminister könne auf die Antwort auf ein bestimmtes Schreiben lange warten, und der im öffentlichen Leben nicht ganz unbegründeten Verdacht steht, die thüringische Schupo nationalsozialistisch zu verfeuchten, hat Severing zur Sperrung von Reichsgeldern veranlaßt, die vor allem für die Polizei in Frage kommen und sich auf 225 000 Mark belaufen. Nun hängt aber das Schicksal der thüringischen Regierung von dem Wohlwollen der Nationalsozialisten ab. Nur mit ihrer Unterstützung hat die von der äußersten Rechten bis zur Deutschen Volkspartei reichende Regierung eine Mehrheit. Eine andere Mehrheit kann zur Zeit nicht in Frage kommen, da eine Koalition mit der in Thüringen sehr radikalen Sozialdemokratie für die Deutsche Volkspartei eine Unmöglichkeit ist. Daher schließt man den Aerger über Fricks Seitenprünge her und bleibt bei der Sache. Es steht die bürgerliche Mehrheit des Landtags die von der Regierung beschlossene Ablehnung des entgegenkommenden Vorschlages des Reichsinnenministers, den Ministerialrat Mengel an einer Untersuchung der Polizeiverhältnisse teilnehmen zu lassen. Die Verweigerung der Unterlegung hat die weitere Sperrung der Geldüberweisungen von Berlin nach Weimar zur Folge. Das nunmehr die thüringische Regierung zu Kräfte kriechen wird, ist wohl kaum anzunehmen, wohl aber, daß sie jetzt beim Staatsgerichtshof ihr Recht zu erreichen suchen wird. Uns scheint freilich, daß die Position des Reichsinnenministers für diesen Prozeß die förderliche ist, da es sich um Überweisungen auf Grund nicht öffentlicher Abmachungen handelt.

Hilfer thüringischer Staatsbeamter?

CNB Berlin, 27. März. Wie der Sozialdemokratische Pressedienst mitteilt, soll die thüringische Regierung beabsichtigen, Hilfer zum thüringischen Staatsbeamten zu bestellen. Auf diese Weise soll Hilfer die deutsche Staatsangehörigkeit verliert werden, da die Ernennung eines Ausländers zum Staatsbeamten die Neutralisierung in sich schließt. Hilfer will jedoch nicht im thüringischen Staatsdienst tätig sein, sondern nur seine Ernennungsurkunde in Empfang nehmen und dann laut „Völkischer Zeitung“ nach München gehen.

Verkauf
Am
Hausplatz

armkranke
atearmes
mbrot
mehl —
in
edallen
rothrot
erzwickack
s. gesch.

deponhoff
und Proben
n. 2488

von morgens
am Hofe der

eine
11028
Artz,
ten.

von Oberstleutnant wurde als ausschließlicher An-
wärter Landestat (Ratibor) bezeichnet. Die-
ser hat jedoch erklärt, daß er auf die Annahme des Postens
verzichtet. Die Nachfolge ist somit noch ungeklärt.

Moskau beschwert sich über Feld.

Von unserer Berliner Redaktion.
Berlin, 27. März. (Draht.)

Vor einiger Zeit hat der bayerische Ministerpräsident
Dr. Feld, an einer Protestkundgebung der
Münchener Katholiken gegen die Religionsver-
folgungen in Rußland teilgenommen. Daraufhin erhob
die Sowjetregierung formell beim Auswärtigen
Amt Beschwerde. Das Auswärtige Amt gab den
Protest nach. Bayern weiter. Im Einvernehmen mit
der bayerischen Regierung erklärte Ministerpräsident Dr.
Feld, daß er an der Kundgebung nicht als Mi-
nisterpräsident, sondern lediglich als Katholik
teilgenommen habe und daß es sich um eine rein reli-
giöse Veranstaltung gehandelt habe.

Diese Erklärung nimmt sich beinahe wie eine
Entschuldigung aus. Die Erregung über die
Religionsverfolgungen in Rußland ist so groß und sie
ist über die ganze zivilisierte Welt ver-
breitet, daß eine Reaktion auf diese Handlungen der
Sowjetregierung und ihrer Organe durchaus verständlich
und auch die Teilnahme politischer Führer Persönlich-
keiten an ihr vertretbar ist. In den Botschaften zwi-
schen dem Reichsaussenminister und dem Berliner diplo-
matischen Vertreter der Sowjetregierung dürfte über die
Wirkungen der sogenannten Kulturpolitik Moskaus
ja wohl auch gesprochen worden sein. Diese Ausprüche
sind mit aller Mühseligkeit diplomatischen Rücksichtnahme
erfolgt, da es sich hier um Handlungen der Stelle drehte,
die für die deutsche Außenpolitik verantwort-
lich ist. Wenn andere Exponenten des politischen Le-
bens in Deutschland sich bestimmten Handlungen der
Sowjetregierung gegenüber weniger Zurückhaltung
auferlegen, so dürfte das angesichts der allgemeinen Ein-
stellung zu diesen Vorgängen in Rußland kein Anlaß zu
einer diplomatischen Aktion sein, und man kann wohl
sagen, daß aus der hochfahrenden Haltung der Sowjet-
regierung zu einem erheblichen Teil ein nicht ganz
gutes Gewissen spricht.

München, 27. März. Der „Bayerische Ku-
rier“ kritisiert in scharfer Weise die Nachgiebig-
keit, die gegenüber der bolschewistischen Regierung ge-
übt werde. Man hätte nach der Unterbrechung des Außen-
ministers Curtius mit dem russischen Botschafter in
Berlin annehmen können, man würde endlich die
russische Regierung gegenüber eine an-
dere Tonart annehmen. Offenbar sei das aber ein
Irrtum gewesen. — Die offizielle „Korrespon-
denz der Bayerischen Volkspartei“ schreibt:
Die Beteiligung der Bayerischen Ministerpräsidenten an
der Münchener Kundgebung sei eine rein interne
deutsche Angelegenheit. Die Reichsregierung
habe gar keine Möglichkeit und Kompetenz,
den Ministerpräsidenten eines deutschen Landes
vorzuschreiben, ob er an solchen Veranstaltungen teil-
nehmen solle oder nicht. Auf jeden Fall hätte
es das bayerische Volk nicht verstanden, wenn sich
Dr. Feld von der Kundgebung ferngehalten hätte.

Inkrafttreten der Zollerhöhungen.

Berlin, 27. März. Die Zollerhöhungen für Weizen,
Hafer und Gerste sind in der vergangenen Nacht
um 24 Uhr in Kraft getreten. Die weiteren in-
geschlossenen Zollerhöhungen für Reis, Mehl, Malz,
Kartoffeln und Zucker treten in der Nacht zum
29. März in Kraft, das Maisgetreide am 1. April.
Noch nicht in Kraft getreten ist die Korn-Vorschrift be-
züglich der Ermäßigung des Getreides bei Bezug von
Hoggen für die Verwitterung.

Die Gewerbesteuer wird Krankensteuer.

CNB Berlin, 27. März. Die ärztlichen Spitzenorgani-
sationen, der Deutsche Verband und der Ver-
band der Ärzte Deutschlands, haben heute
eine Entschließung gefaßt, in der u. a. gesagt wird, wenn
der Preussische Landtag die Einbeziehung der freien Berufe
und damit auch der Ärzte in die Gewerbesteuer oder in
eine Berufssteuer endgültig beschließen sollte, so könnten
empfindliche Rückwirkungen auf die wirt-
schaftliche Lage der heilungsberechtigten
Bevölkerung nicht ausbleiben. Die Last einer
solchen Besteuerung hätten insbesondere auch diejenigen
Kreise zu tragen, die hartnäckig für eine derartige
Neuregelung eintraten. Vor allem aber wäre mit Sicher-
heit zu erwarten, daß das gegenwärtige friedliche Verhält-
nis zwischen Berufsverbänden und Ärzten auf
immerwährende Gefahr laufe. Die geplante Besteuerung
würde sich als eine Krankensteuer auswirken, die
gerade die wirtschaftlich ungünstigsten Volksschichten zu
tragen hätten.

Das neue Brotgesetz.

Deklarationszwang für Mehl.
(Berlin, 26. März.) Der Reichswirtschaftliche Aus-
schuß des Reichstages beschloß heute in Anwesen-
heit des Reichsernährungsministers Dietrich mit dem
Brotgesetz. Das Gesetz schreibt vor, daß Roggen-
brot mindestens 95 Prozent Roggenmehl
enthalten muß, bei einem fünfprozentigen Zusatz
von Weizenmehl. Im Ausnahmefall wurde von den Vertre-
tern der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei
und der Wirtschaftspartei die Notwendigkeit betont, einen
gewissen Deklarationszwang für Mehl ein-
zuführen, das der Bäcker bekommt. Der Bäcker könnte
sonst leicht in die Gefahr kommen, das Gesetz dadurch
zu verletzen, daß er einem Roggenmehl, das bereits mit
Weizen zerlegt ist, einen weiteren Weizenzusatz gibt.
Reichsernährungsminister Dietrich erklärte die grundsätz-
liche Berechtigung einer solchen Bestimmung an.
Nach längerer Debatte wurde folgender Antrag ange-
nommen: Werden Mehlzerzeugnisse des Roggens oder des
Weizens in Mengen von 50 kg oder mehr in den Ver-
kehr gebracht, so müssen die Art der Mahlerzeug-
nisse, das Mahlungsverhältnis und ihr Aus-
machungsgrad für den Käufer leicht erkenn-
bar angegeben werden.
Im übrigen wurden die §§ 1 und 5 des Regierungs-
entwurfs (unter Hinzufügung vorgenannter Abänderun-
gen) in erster Lesung angenommen.
Eine größere Debatte entspann sich um den § 6 der
Vorlage, der vorsieht, daß Brot in Zukunft im ganzen
Reich nur nach Gewicht, und zwar in Einheiten
von mindestens 250 Gramm, verkauft werden darf. In
einzelnen Bundesstaaten, so z. B. in ganz Süddeutschland,
in Sachsen, Schlesien und Thüringen wird das Brot auch
heute schon nach Gewicht verkauft. Dagegen besteht in
Berlin immer noch die Gewohnheit des letzten Brotpreises,
während sich das Gewicht je nach dem wechselnden
Mehlpfeil verändert.

Trotz Einspruchs der Abg. Biener (Dnl.) und Dre-
sch (Dp.) wurde auch § 6 in erster Lesung angenommen.
Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch vertagt.

Das Gaststättengesetz vor dem Reichstag.

Die Nachträge zum Haushaltsplan 1929 verabschiedet.

X Berlin, 27. März.

Der Reichstag verabschiedete heute das Ge-
setz über die Nachträge zum Haushaltsplan
1929. Dabei wurde der nachmalige von den Demokraten
gebrachte Antrag auf Wiederherstellung des im Ausnahmefall
gegründeten Postens von 400.000 M für Auslandspropa-
ganda der Reichspresse wiederum im Hainmellsprung
mit 190 gegen 128 Stimmen bei vier Enthaltungen ab-
gelehnt. Es wurde dann noch die dritte Beratung
des Gaststättengesetzes begonnen.

Abg. Solmann (Soz.): Das vorliegende Gesetz
enthält von „Trottelgesetz“ gar nichts. Es ist im we-
sentlichen nur die Bestimmung des Reichs- und Landes-
rechts zusammen. Wir Sozialdemokraten sind nach wie
vor grundsätzliche Anhänger des Gemeindefiskal-
systems und der Relation der Schatzungsleistungen
zur Einwohnerzahl. Wir weisen die Meinung zurück,
daß durch ein Schnappschuß an Löhnen und ähn-
liche Bestimmungen die Arbeiterklasse diskreditiert würde.
Dem Gesetz werden wir zustimmen.

Abg. Mümm (Chr. N. G.): In diesem Augenblick
kommt es weniger auf das Wie als auf das Wann an.
In einer leichten Sitzung ist das Gesetz zu verabschieden.
Stünde die schnelle Verabschiedung des Ge-
setzes, wenn es auch nicht alle Wünsche befriedigt,
der Arbeiterklasse in Deutschland muß jeden mit
erster Sorge erfüllen. Ich habe die Wiederherstel-
lung der Relationen beständig beantragt
und hoffe auf Annahme dieses Antrages. Hier handelt
es sich nicht um eine Sache der Partei, sondern um eine
Sache der Menschlichkeit, die wir vom christlich-sozialen
Standpunkt aus unterstützen wollen.

Abg. Hampf (Dnl.) stellte fest, daß ein eigentlicher
Alkoholmißbrauch in Deutschland über-
haupt nicht vorhanden sei. Einzelne beklagte
Fälle werde es immer geben. Sie können aber
nicht auf gesetzgeberischem Wege beseitigt werden. Der
Bierkonsum habe keine Vortriebe mehr erreicht. Der
Schnapskonsum gehe fortwährend zurück. Die Gewerkschaften
hätten durch ihre Aufklärungsarbeit zugunsten einer
vernünftigen Temperenz sehr viel geleistet. Der Verbrauch
alkoholischer Getränke sei ständig im Steigen. Der Gast-
wirt müsse sich den Wünschen seiner Gäste an. Es sei
unrichtig, daß im Gaststättengewerbe Verhältnisse gegen das
Arbeitsrecht häufig seien.
Um 6½ Uhr wurde die Weiterberatung auf Freitag
3 Uhr vertagt.

Johann Piljowski bei der Regierungsbildung.

(Warschau, 27. März.) Der designierte Ministerprä-
sident der Abgeordneten der Regierungsbildung, Johann Piljowski,
hat noch gestern abend eine Reihe von Gesprächen
abgehalten. Er will heute noch mit den Partei-
vertretern konferieren und spätestens morgen nachmittag
dem Staatspräsidenten eine Ministerliste vorlegen. In
der Presse wird Piljowski rasch als „Arbeiter-Minister“ be-
friedigung hervorgehoben und übereinstimmend er-
klärt, habe Johann Piljowski seine Regierung bis mor-
gen gebildet, so wäre dem Sejm die Möglichkeit gegeben,
noch vor Ablauf des am 31. März zu Ende gehenden ge-
setzlichen Termins den Haushaltsplan zu verabschieden.
Sollte Piljowski Mißlingen, so wäre dies
dagegen vorausichtlich nicht möglich, da ja der Regie-
rungsblock beibehalten hat, jede Sejmigung
während der Regierungsperiode mit allen Mitteln zu ver-
hindern.

Ein sozialdemokratischer Aufruf an Warschau Arbeiter.

Warschau, 27. März. Der sozialistische „Robotnik“,
bringt heute an leitender Stelle den folgenden, in vielen
Betteln gedruckten Aufruf: „Arbeiter Warschaus! Ge-
heut Euch bereit, bei allen Volkssammlungen ener-
gisch das Ende des Regierungssystems der
verrotteten Diktatur zu fordern. Halte Euch bereit,
Eure Rechte, die Demokratie und die Freiheit zu ver-
teidigen; haltet Euch bereit, öffentlich Arbeit und Brot zu
fordern!“

Die Wiederbestattung des Freiherrn von Fürstenberg.

(Münster, 27. März.) Die sterblichen Überreste des
großen Schulreformers und fürstbischöflichen Mini-
sters Freiherrn von Fürstenberg hatten seit 120
Jahren auf dem alten Leichenfeld in Münster ge-
ruht. Im August vorigen Jahres wurden die Gebeine an-
lässlich der 200. Wiederkehr des Geburtsjahres des Für-
stenbergs exhumiert, um nach Wiederherstellung des Dom-
herrenfriedhofes dort inmitten der übrigen Würdenträ-
ger des Domes bestattet zu werden.

Diese Wiederbestattung wurde heute vormittag
in Anwesenheit des ganzen Domkapitels und anderer geist-
licher Würdenträger vorgenommen. In schlichtem, feier-
lichem Zuge wurden die Gebeine des großen Mannes von
der Marienkapelle des Domes zum Domherrenfriedhof ge-
bracht und dort unter Amtierung des Domkapitulars
Kapp bestattet.

Eine in Vorbereitung befindliche Gedenkplatte
soll kommenden Herbst an der Stelle der Bestattung
verleitet werden. Auf der Platte soll stehen: „Der
Vater des Vaterlandes und der Armen Freund“, wie es
auf dem alten Grabstein hieß.

Zuchthausstrafe für entmenschte Eltern.

Berlin, 26. März. Wegen schwerer Miß-
handlung ihres dreijährigen Sohnes
wurde dem Schwurgericht vor verantworten. Das kleine
Mädchen war vor der Ehe geboren und in Pflege ge-
wesen, bis die Eltern, nachdem noch ein Knabe geboren
wurde, die arme kleine dann bei den Eltern ver-
lebte, gestatteten sich für sie zu einer wahren Hölle.
Vater wie Mutter schlugen das Kind in der unmenschen-
lichsten Weise, und es einmal die Mutter das Kind an
den Ohren hochhob, und es dann wieder auf die
Erde fallen ließ, verlor das Kind das Bewußtsein und ver-
starb. Im Hinblick auf die un-
menschenliche Art, in der die Eltern ihr eigenes Kind zu
Tode mißhandelten, verurteilte das Gericht die Mutter zu 4
Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und den Vater zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren
Ehrverlust.

Anlage in der Nordafrika West.

Berlin, 27. März. Die Voruntersuchung
wegen Ermordung des Nationalsozialisten West ist
nunmehr abgeschlossen worden. Staatsanwaltschafts-
rat Filler wird demnach die Anklage gegen den
Reichsjustizminister des Landgerichts zur Errichtung des
Hauptverfahrens gegen Albert West, genannt
West, und Joseph Kadulski wegen Mordes und
gegen eine ganze Reihe von Personen wegen Begünsti-

Die Parität im Justizdienst.

X Berlin, 27. März.

Der Preussische Landtag setzte heute die zweite Lesung
des Justizgesetzes fort. Dabei wurde sich Justizminister
Dr. Schmidt gegen den Vorwurf der Parität, die gegen ihn
Minister betonte, daß die Parität im Justizdienst nicht
den Beförderungen in der Justiz seine Rolle spiele. Er
werde dem Landtag weiteres Material unterbreiten, daß
gerade auch im Rheinland die evangelische Konfession so-
gar besser weggekommen ist, als es nach der prognostischen
Beteiligung an der Bevölkerung der Fall sein müßte. Zu
der Frage, ob es ausgeschlossen sei, daß ein Deutschna-
tionaler in eine leitende Stellung befördert werden könne,
habe er zu erklären, wenn der betreffende Beamte ein zu-
verlässiger Vertreter der republikanischen Staatsform sei,
so habe er die Verwendung eines solchen Beamten in einer
leitenden Stelle der Justiz nicht für ausgeschlossen.
Was die Paritätsverhältnisse im Rhein-
land anlangt, so sei der Oberlandesgerichtsbezirk Köln
zu etwa 15 Prozent evangelisch, dagegen seien von den Staats-
anwaltschaftsräten des Bezirks 26 Prozent evangelisch. Im
Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf seien etwa 40 Prozent
evangelisch, von den Staatsanwaltschaftsräten des Bezirks da-
gegen seien 48 Prozent evangelisch. Neu angestellt seien
im Kaiser Bezirk im Jahre 1928 16 evangelische Richter
und Staatsanwälte, und im Düsseldorf Bezirk 12. Die
Parität sei also durchaus gewahrt, die Zahl
evangelischer Richter und Staatsanwälte im Rhein-
land habe sogar in den letzten Jahren relativ und absolut
zugenommen.

Der Minister wandte sich zum Schluß gegen die Beant-
ragung der Tater zu stellen. Ein Antrag Höpkes auf Aus-
führung zum Standesamt zwecks Heirat ist vom Unter-
suchungsrichter wegen Fugenhafte abgelehnt worden.
Wie verlautet, soll nun ein Antrag gestellt werden, daß
die Beschäftigung im Untersuchungsgefängnis genehmigt
wird.

Der dritte Jakobowski-Prozess.

Schönberg (Mecklenburg), 27. März. Am heutigen
4 Verhandlungstag wurde die Zeugenerneue-
rung im Jakobowski-Prozess in der Turnhalle des
Schönberger Schulhauses fortgesetzt. Gemeindevorsteher
Metz aus Walsingen wurde über das Vergiftungs-
geschehnis befragt und erklärte, er könne sich nicht
genau entsinnen, daß Jakobowski gelagert haben
soll, daß Hagens die Kinder vergiftet und dafür Geld
erhalten solle. Ihm persönlich sei es nicht glaub-
haft erschienen, zumal bei den Leuten öfter Streitig-
keiten vorgekommen seien. Er trauere Jakobowski
dies auch nicht zu. Der Vertreter der Nebenklage,
Rechtsanwalt Dr. Brandt, beantragte, einen Brief
den Frau Kähler gleich nach dem Verschwinden des klei-
nen Ewald an ihre Eltern geschrieben habe, zu ver-
lesen. In dem Brief heiße es u. a., daß sie unglücklich sei
über den Verlust des Kindes und deswegen wohl ins
Wasser gehen werde. Jakobowski gibt sie
als Täter an. Auf die Frage, warum denn der
Polizei von ihrem Verdacht keine Mitteilung ge-
macht habe, antwortete Frau Kähler, sie habe Angst
vor Jakobowski gehabt. Rechtsanwält Brandt wies
darauf hin, daß Frau Kähler auch noch zwei wei-
tere Briefe an ihre Eltern geschrieben habe und in
einem davon Einzelheiten der Ermordung
des kleinen Ewald schilderte. Darauf kam Frau Kähler
mit der überzähligen Mitteilung heraus,
daß auch sie einen Brief von ihren Eltern
erhalten habe, in dem gleichfalls Jakobowski
als Täter bezeichnet wurde. Das Schriftstück hatte
Frau Kähler bisher nicht erwähnt. Sie fand auch
bei dem Oberstaatsanwalt, von dem sie auf ihre Unwahr-
heiten aufmerksamer gemacht wurde, keinen Glauben.
Die nächste Zeugin, Frau Metz, charakterisierte Jakubowski
als einen weichen, gutmütigen Men-
schen, dem die Tat nicht zugetragen sei. Vollzei-
tmeister Hoffmann aus Schulpforten erklärte, er habe
Jakubowski einmal bei einem Diebstahl er-
grippt und Jakobowski habe versucht, ihm in den Unter-
scheid einen Trüß zu verpacken. Er halte daher den
Kraus für einen hinterlistigen Menschen, dem
die Tat zuzutrauen sei.

In der Nachmittagsverhandlung wurde Jakubowski
durch die Zeugen Aussagen erhe-
ben. Auf die Frage, ob er die Zeugin Frau
Kähler als Täter ansehe, antwortete er, Jakobowski
Kähler einmal 5 Reichsmark gegeben, damit sie den klei-
nen Ewald mit einem ordentlichen Abend-
essen versorgen könne. Rechtsanwält Brandt wies
darauf hin, daß Jakobowski Brandt vor bei dieser
Gelegenheit ein „Tut das ein Mörder?“ sehr ent-
setzt habe. Jakobowski antwortete, daß die Aussagen der
Frau Kähler und des Vollzeitelementars Bälz
aus Schönberg, der Gefängniswärter des Amtsgerichts
war. Er habe Jakobowski darauf aufmerksam gemacht,
daß er, wenn er zum Tode verurteilt werden sei, ihm
sagen solle, was er noch wolle. Darauf habe Jakubowski
noch geantwortet: „Ich habe es bestimmt
nicht getan.“ Die Gerichtsverhandlung wurde gegen 7 Uhr
geschlossen.

Englisches Lob für die „Europa“.

London, 26. März. Die englische Presse erkennt
die Leistungen der „Europa“ an. Die englische Presse erkennt
an. Das zeitliche Zulassentreffen mit dem Abbruch
des Gemeindefiskalgesetzes zwischen Papag
und Lloyd wird als ein wirtschaftliches Er-
eignis ersten Ranges hervorgehoben. In einem Ver-
einigt stellt die „Times“ fest, daß das deutsche Volk
guten Grund habe, auf die Leistungen der „Europa“ und
der „Europa“ stolz zu sein. Der Norddeutsche Lloyd
werde mit der Rekordleistung der beiden Schiffe nun den
Platz einnehmen, den die Cunard-Linie solange
eingenommen habe. Er werde auch geistlich die
Früchte dafür ernten, daß er die schnellsten und modern-
sten Schiffe im Atlantikdienst besitze. Die englische Linie
werde eines Tages das „Blaue Band“ des Atlantiks zu-
rückholen. Bis dahin werde sie die erste sein, die dem
deutschen Geschäftsvolumen, dem Kapitale, der Belegung
und allen, die an dem Bau der beiden Schiffe irgendwie
beteiligt waren, herzlich Glück wünsche. Die
„Daily Mail“ meint, die wundervolle Leistung
der Europa werde wohlwollend demnach, wenn die Ma-
schinen völlig eingeleitet seien, noch verbessert
werden könnte. Die Europa sei ein einziges schnelles
Zeitbaugerät, bis es keine Jungfernfahrt macht. Wir
brauchen wenigstens vier „Schneelläufer“
für den Atlantischen Ozean, und mit

ihrem Bau sollte möglichst sofort begonnen werden. Die
Regierung sollte ihnen eine Unterstützung in
Form einer Bürgschaft für das benötigte Geld geben.
Das schnellste Schiff steht den Verehrern
der „Europa“ fährt mit befehligen Rabinen. Wir Eng-
länder können es uns nicht leisten, auf unsern ei-
genen Element, der See, geschlagen zu werden.“

Wieder eine Zuchthäuserrevolte in Amerika.

Newport, 27. März. Wieder war in den Ver-
einigten Staaten eine Zuchthäuserrevolte ausge-
brochen. 800 Zuchthäuser teuresten in Don-
nersdorf in der staatlichen Strafanstalt Jefferson-Stadt
im Staate Missouri. Die Zuchthäuser hatten 12 Wärter
im Eyrum eingeschlossen. Angelegte Verhaftungen
suchte scheitern, so daß Militär herbeigerufen
werden mußte. Die Revolte brach dann dem energischen
Vorgehen der Nationalgarde schnell zusammen. Von den
meutenden Zuchthäusern sind 10 verwundet worden.

Von Nah und Fern.

Eine Liebestragödie.

CNB Kattibor, 27. März. Der Zuckersfabrikant Nie-
dopil verunvunde, wie die „B. Z.“ meldet, den Zahn-
arzt Dr. Jander schwer und erschlug ihn danach
selber. Die Kattibor ist darauf zurückzuführen, daß der
32-jährige Zahnarzt mit der gleichaltrigen Frau des 53-
jährigen Zahnarztes ein Liebesverhältnis unterhielt.
Niedopil verheiratete sich gewaltsam mit der Frau
des Zahnarztes. Als dieser dem Eindringling ent-
gegentrat, feuerte Niedopil mehrere Schüsse auf Dr.
Jander ab, der schwer verletzt zu Boden sank.
Mehrere Schüsse, die Niedopil auf Dr. Jander abgab,
gingen fehl. Danach richtete er die Waffe gegen sich
selbst. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er seinen
Wunden erlag.

Mag Berol Konorah t.

Berlin, 26. März. Gestern abend verstarb laut
„Vossischer Zeitung“ an den Folgen einer Operation der
Präsident der internationalen Antikriegs- und Pazifika-
tion, Mag Berol Konorah, der seit 26 Jahren an der Spitze seiner
Organisation stand, im 63. Lebensjahr. Konorah, der mit
wahrer Namen Kullermann hieß, übernahm im
Jahre 1904 die Leitung der Loge Unter seiner Führung
entwickelte sich die internationale Organisation der An-
tikriegs zu einem großen, in viele Zweige gegliederten Ver-
band, der seinen Mitgliedern wertvolle Dienste und der
auch die soziale und geistliche Stellung des Antikriegs
zu haben trachtete. Vor einem Jahre wurden dem 61-jäh-
rigen herrliche Ehren gütlich anlässlich seines 25-jährigen
Wirkens als Präsident.

Töblicher Ausgang eines Streites.

Meiningen, 26. März. Zwei junge Burden gerie-
ten gestern hier in einen Streit, in dessen Verlauf der
eine den anderen mit einem Messer so schwer
verletzte, daß er nach wenigen Minuten starb. Der
jüngere der Messerträger konnte heute morgen von der
Polizei festgenommen werden.

Schweres Aufschütteln.

Büßel, 26. März. Vor den Toren der Stadt am
Chenriedhof in der Garsdorfer Allee fuhr gestern
abends kurz vor 8 Uhr eine Autokar gegen einen
Baum, als der Fahrer versuchte, einem Radfahrer, der
auf der rechten Seite der Chaussee fuhr, auszuweichen.
Die Autokar, die dabei einen zweiten Motorradfahrer
umfiel, wurde vollständig zertrümmert. Die fünf Insassen,
darunter eine Frau und zwei Kinder, erlitten schwere
Verletzungen. Auch der Motorradfahrer wurde schwer
verletzt.

Fortsetzung der Orientfahrt der „Oceana“.

Hamburg, 26. März. Die Hamburg-Amerika-Linie
teilt mit: Nachdem von Konstantinopel aus die geplante
Landausflug und Besichtigungen durchgeführt wor-
den sind, hat der Hapag-Dampfer „Oceana“, der ohne
die Besatzung wieder frei gekommen
ist, am 26. März, nachmittags, alle Passagiere in Kon-
stantinopel wieder an Bord genommen und nach einer
Rundfahrt durch den Bosporus bei schönstem Wetter die
Weiterreise nach Ägypten fortgesetzt. Im weiteren Verlauf
der Fahrt werden die ursprünglich im Reiseprogramm
vorgesehenen Länder und Inseln besucht werden.

In Marseille mehr Leprakranke.

Paris, 27. März. Die Zeitung „Le Soleil de Mar-
seille“ behauptet, daß es heute in Marseille mehr Le-
prakranke gebe als vor einem Jahr, daß sie
sich in voller Freiheit befinden und unter keiner
Kontrolle stünden. Das Blatt fordert, daß man
diese Leprakranken sammle und in der vor kurzem im
Departement Bar geschaffenen Leprosenstation unterbringe.

Der polnische „Hauptmann von Köpenick“.

Warschau, 26. März. In Polen erfüllen gern
nach in der Kaiserin des 57. polnischen Infanterieregi-
ments beim Inspektionsbesuch ein General der Infan-
terie in Begleitung eines Majors und gab Befehl, das
Regiment sofort in Alarmzustand zu setzen.
Da der General aber keine der Vorrichtungen vollstän-
dig entperrte Uniform trug, hat der diensthabende Offi-
zier um das Vorgehen von Legitimationen.
Als ihm die beiden nächsten Gänge nicht legiti-
mieren konnten, ließ sie der Inspektionsoffizier
verhaften. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden,
zu welchem Zweck die beiden Abenteuerer, die jede Aus-
sicht verweigern, das Regiment alarmieren wollten.

Schneesturm in Chicago.

Chicago, 26. März. Die Einwohner der Stadt
hatten Mittwoch vormittag große Mühe, ihre Arbeits-
stätten zu erreichen, da in den Straßen infolge eines
schweren Schneesturms der Schnee so hoch lag, wie das
seit Menschengedenken nicht zu verzeichnen war. Mit-
tags erreichte die Schneedecke annähernd eine
Höhe von 4 Metern und in den Geschäftsvierteln
zwischen den hohen Wolkenkränern häuften sich stellen-
weise meterhoch in den Straßen viel der Unterwelt auf.
Während der Nacht hatten wegen der starken Kälte mehr
als 1000 Obdachlose Zuflucht in den Polizeistationen ge-
sucht.

12 Todesopfer bei dem Grubenunglück in West- Virginia.

Morgantown (West-Virginia), 26. März. Bei der
gemedelten Explosion in der Kronen-Mine bei Fairmont
wurden 12 Bergleute getötet.

Dammbruchkatastrophe in Mexiko.

Mexiko, 26. März. Bei Morales Hacienda erfolgte
ein Dammbruch, wobei 10 Personen den Tod
fanden und viele Verletzungen erlitten.

Erdbeben auf den liparischen Inseln.

Messina, 26. März. Auf den liparischen Inseln er-
reichten sich gestern die Erdbeben, besonders auf
der Insel Filicudi, wo einige Häuser einstürzten und
mehrere Personen verletzt wurden. Der Unterstaatssekre-
tär im Ministerium für öffentliche Arbeiten, Leonardi,
hat auf einer Dienstreise in Region befand, daß sich in
das Erdbebengebiet begeben, um für Hilfsmittel zu sor-
gen. „Popolo di Roma“ berichtet, daß auch die kleine
Inselgruppe von Galle, die in der Nähe der liparischen
Inseln liegt, von dem bereits erwähnten Erdbeben
heimgesucht wurde. Auch hier sind Häuser so stark be-
schädigt worden, daß sie nicht mehr bewohnbar sind.

m. B. o.
Tage die
Freitag ab
einzelnen
eingeladen
haupteit
may der C
l. 3. bei d
die Zufamm
werden. B
bett halber
geben, das
mindestens

Schlüsse
m. B. o.
die Landw
haus eine
lassung kom
wandte der
einem Begr
der Prüfung
war Religio
es wurde di
Lehrer Wol
verschiedene
wirtschaftl
wurden unter
durchgenom
durchgeführten
Düngemittel
Handel hin
auch hinfüh
sprechen. V
des Getreide
Landwirtschaft
Betriebsweise
Hier handelt
bei der Prob
und wo sie
Reinertag er
mit wurde
genommen.
in einer Un
nummehr die
führte der Re
Lebensabschn
hätten sie er
schwerer Ver
und allen Un
den Bauern
den Volkswirt
Schulkenntni
Brazils und
Der junge R
mit der Brag
zur Schule au
heiliges Erbg
jungen Leuten
für die Car
sei alles gese
Befähigung
Interesse an
mehr wachse
von den Wor
heimliche Land
und auch das
landlich ge
Schüler über
der Leiter der
Wirtsd von d
8. Semester
leben Jahre
war von 33
Schülern der
ausgenommen
lich 35 in jeder
30 verteilten
2. Kl. 11 C
auf 23; Abie
Borfen (Rhebe
6; Roholt 2 C
Kedner die W
Gemeinschaften
zu betätigen
Kenntnisse
Schüler wurden
verteilt: Wirt
Rhebedränge
hardt-Warding
einem Dantlie
nahm die Feier

h. Bocholt,
30. März, gibt
Neubundland
Vorstellungen,
und abends 6 U
Erwachsene und
tritt. Zur Auf
Wunderarzt
Schild hat nicht
die Erklärung
Schmid Bate ge
such gemacht, ei
die Handpuppen
keine andere Ba
stellen, ohne in
Vollständigkeit
Vollstunf sei de
Anmerk.

Einspruch geg
Bocholt,
„Eintracht“ teilt
Reichsverband
25. März, daß Dr.
den neuen Betr
der Zollerhöhu
Rollen auf Bet
Betroleum um
müsse. Diese
Steigerung der
Stadt, und Bar
renz erhebt das
braucher schärfe
regierung und de
planten Zollerhö

Zentralverband
Bocholt, 2
findet normativ
St. Josef eine
punkt der Tages
neuen Mittelst
Zentralver
Bocholt, 2
Agnes.

h. Bocholt,
30. März, gibt
Neubundland
Vorstellungen,
und abends 6 U
Erwachsene und
tritt. Zur Auf
Wunderarzt
Schild hat nicht
die Erklärung
Schmid Bate ge
such gemacht, ei
die Handpuppen
keine andere Ba
stellen, ohne in
Vollständigkeit
Vollstunf sei de
Anmerk.

Einspruch geg
Bocholt,
„Eintracht“ teilt
Reichsverband
25. März, daß Dr.
den neuen Betr
der Zollerhöhu
Rollen auf Bet
Betroleum um
müsse. Diese
Steigerung der
Stadt, und Bar
renz erhebt das
braucher schärfe
regierung und de
planten Zollerhö

h. Bocholt,
30. März, gibt
Neubundland
Vorstellungen,
und abends 6 U
Erwachsene und
tritt. Zur Auf
Wunderarzt
Schild hat nicht
die Erklärung
Schmid Bate ge
such gemacht, ei
die Handpuppen
keine andere Ba
stellen, ohne in
Vollständigkeit
Vollstunf sei de
Anmerk.

Einspruch geg
Bocholt,
„Eintracht“ teilt
Reichsverband
25. März, daß Dr.
den neuen Betr
der Zollerhöhu
Rollen auf Bet
Betroleum um
müsse. Diese
Steigerung der
Stadt, und Bar
renz erhebt das
braucher schärfe
regierung und de
planten Zollerhö

h. Bocholt,
30. März, gibt
Neubundland
Vorstellungen,
und abends 6 U
Erwachsene und
tritt. Zur Auf
Wunderarzt
Schild hat nicht
die Erklärung
Schmid Bate ge
such gemacht, ei
die Handpuppen
keine andere Ba
stellen, ohne in
Vollständigkeit
Vollstunf sei de
Anmerk.

Einspruch geg
Bocholt,
„Eintracht“ teilt
Reichsverband
25. März, daß Dr.
den neuen Betr
der Zollerhöhu
Rollen auf Bet
Betroleum um
müsse. Diese
Steigerung der
Stadt, und Bar
renz erhebt das
braucher schärfe
regierung und de
planten Zollerhö

h. Bocholt,
30. März, gibt
Neubundland
Vorstellungen,
und abends 6 U
Erwachsene und
tritt. Zur Auf
Wunderarzt
Schild hat nicht
die Erklärung
Schmid Bate ge
such gemacht, ei
die Handpuppen
keine andere Ba
stellen, ohne in
Vollständigkeit
Vollstunf sei de
Anmerk.

Einspruch geg
Bocholt,
„Eintracht“ teilt
Reichsverband
25. März, daß Dr.
den neuen Betr
der Zollerhöhu
Rollen auf Bet
Betroleum um
müsse. Diese
Steigerung der
Stadt, und Bar
renz erhebt das
braucher schärfe
regierung und de
planten Zollerhö

h. Bocholt,
30. März, gibt
Neubundland
Vorstellungen,
und abends 6 U
Erwachsene und
tritt. Zur Auf
Wunderarzt
Schild hat nicht
die Erklärung
Schmid Bate ge
such gemacht, ei
die Handpuppen
keine andere Ba
stellen, ohne in
Vollständigkeit
Vollstunf sei de
Anmerk.

Einspruch geg
Bocholt,
„Eintracht“ teilt
Reichsverband
25. März, daß Dr.
den neuen Betr
der Zollerhöhu
Rollen auf Bet
Betroleum um
müsse. Diese
Steigerung der
Stadt, und Bar
renz erhebt das
braucher schärfe
regierung und de
planten Zollerhö

h. Bocholt,
30. März, gibt
Neubundland
Vorstellungen,
und abends 6 U
Erwachsene und
tritt. Zur Auf
Wunderarzt
Schild hat nicht
die Erklärung
Schmid Bate ge
such gemacht, ei
die Handpuppen
keine andere Ba
stellen, ohne in
Vollständigkeit
Vollstunf sei de
Anmerk.

Einspruch geg
Bocholt,
„Eintracht“ teilt
Reichsverband
25. März, daß Dr.
den neuen Betr
der Zollerhöhu
Rollen auf Bet
Betroleum um
müsse. Diese
Steigerung der
Stadt, und Bar
renz erhebt das
braucher schärfe
regierung und de
planten Zollerhö

Katholische Union!

Schlußfeier der Landwirtschafts-Schule Bocholt.

**Dieses
Datum-Zeichen**
bürgt für frische
Qualität

Ein Wolke-Schuh ist immer gut!

Dazu das reizende Lustspiel in 2 Akten
Georg der Reporter
und den Lehrfilm
Ab nach Kassel.

Julius Ba
richt am Sonntag, den
kleinen Saal des Sch
Der Fall G
der Fall M
Christliche Gk te st
Eintritt

Karten im Vorverkauf: Zigarrenhaus Deckers, Neustr.

Sonntag, den 30. März
Innendekoration.

Julius Ba
richt am Sonntag, den
kleinen Saal des Sch
Der Fall G
der Fall M
Christliche Gk te st
Eintritt

Lieber Sie ohne das quälende Hungern zuckerfrei werden können, sagt jedem unentgeltlich **Dn. Heiser, Wiesbaden, Rüdertstr. 280.**

Kostenlos
